

Todesstrafe für Islamisten in Ägypten

KAIRO. Ein ägyptisches Gericht hat gestern 14 militante Islamisten zum Tod durch den Strang verurteilt. Gegen vier weitere Personen wurden lebenslange Haftstrafen verhängt. Das Gericht befand die Männer für schuldig, auf der Sinai-Halbinsel drei Polizisten, einen Armeeeoffizier sowie einen Zivilisten getötet zu haben. Die Islamisten, die der Gruppe «Tahid und Jihad» angehören, sollen die Angriffe im Juni und Juli 2011 durchgeführt haben. Acht der Angeklagten wurden in Abwesenheit verurteilt. Gegen die Urteile kann Berufung eingelegt werden.

Mursi resolut gegen Terror

Die Regierung Mohammed Mursis beweist damit erneut, dass sie trotz konservativ-religiöser Ausrichtung im Kampf gegen militante Islamisten keine Kompromisse eingeht. Nach der Ermordung von 16 ägyptischen Soldaten an der Grenze zu Israel im August hatte der Präsident bereits eine grossangelegte Militäroffensive auf der Halbinsel angeordnet.

«Mursi ist ein Ungläubiger, und alle, die im folgen, sind Ungläubige», rief einer der Verurteilten gestern vor Gericht. Der ägyptische Islamismus-Experte Nageh Ibrahim ist überzeugt, das Urteil werde abschreckende Wirkung auf andere Terroristen auf der Sinai-Halbinsel haben. Mursis Regierung sei entschlossen, die Region unter Kontrolle zu bringen. Auch, um der israelischen Armee keinen Vorwand zu liefern, den Sinai erneut zu besetzen.

Eine blutige Spur

«Tahid und Jihad» zählt zu den einflussreichsten Terrorgruppen Ägyptens und hat Jahren immer wieder Attentate durchgeführt. So soll die Serie von blutigen Sprengstoffattentaten auf Touristenresorts am Roten Meer 2004 auf ihr Konto gehen. Als Rückzugsgebiet der selbsternannten «Gotteskrieger» gilt der Berg Helal im Norden des Sinai. Die Region ist auch schon als Tora Bora Ägyptens bezeichnet worden.

Markus Symank

Wieder keine Opposition

In Weissrussland werden auch nach den neuesten Wahlen keine Oppositionspolitiker im Parlament vertreten sein. Die OSZE hat den ganzen Urnengang kritisiert.

PAUL FLÜCKIGER

MINSK. Ein grüner Gefangenentransporter steht hinter dem «Palast der Republik». Auf dem Minsker «Oktoberplatz» gehen nur Zivilpolizisten auf und ab. Ein zuvor angekündigtes regierungsfreundliches Konzert wurde kurzerhand abgesagt. Dennoch bewachen ein paar Polizeiautos sämtliche Zufahrtsstrassen. Ende 2010 hatten sich trotz Scharfschützen auf den umliegenden Dächern Tausende zu Nachwahlprotesten versammelt. Hunderte landeten danach im Gefängnis. Die Angst sitzt tief, zu tief, um noch einmal Wahlproteste zu wagen.

Nur regimetreue Abgeordnete

Im «Palast der Republik» jedoch feiert die Staatsmacht ihren Sieg. Die Opposition werde «höchstwahrscheinlich keinen Sitz erobern» können, erklärt die Leiterin der Zentralen Wahlkommission, Lidija Jermoschina, mit spöttischem Unterton. Fast nur regimetreue Journalisten sind zu ihrem spätabendlichen Auftritt erschienen. Am Montagmorgen schliesslich kann sie strahlend verkünden, 109 von 110 Sitzen seien vergeben worden. Gewählt wurden nur jene Kandidaten, die loyal zu Präsident Aleksander Lukaschenko stehen. Und auch die erstmals gewählten fünf Abgeordneten der Kommunistischen Partei, der Agrarpartei und der Partei «Arbeit und Gerechtigkeit» spiegeln nur auf dem Papier Pluralismus vor. Seit 2004 sass in der Grossen Kammer kein einziger Oppositionspolitiker mehr.

Streit um Wahlbeteiligung

Trotz Boykottaufrufen der Opposition sollen 74,2 Prozent der rund sieben Millionen Stimmberechtigten an den Wahlen teilgenommen haben. Dies zumindest behauptet Lukaschenkos handverlesene Wahlkommission. «Damit sind die Wahlen gültig», triumphierte Jermoschina gestern morgen. In Oppositionskreisen zirkulieren aber andere Zah-



Bild: epa/Tatyana Zenkovich

Wieder ein loyales Parlament: Weissrusslands autoritärer Präsident Aleksander Lukaschenko.

len, dort spricht man von 30 bis 44 Prozent Wahlbeteiligung. Laut Wahlgesetz muss mindestens die Hälfte der Stimmbürger an Wahlen teilnehmen, damit sie gültig sind. Gewählt wird im Majorzsystem. In einem Wahlkreis gibt es deshalb am 7. Oktober eine zweiten Runde. Auch dies ein Novum, das wohl dem Westen Demokratisierung signalisieren soll.

Scharfe Kritik der OSZE

Doch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kritisierte gestern die Wahlen scharf. Sie seien weder frei noch unparteiisch verlaufen; viele demokratischen Rechte seien nicht respektiert worden, sagte der Koordinator der OSZE-Mis-

sion, Matteo Mecacci. Zudem klagte er über Behinderungen der Beobachter bei der Stimmenaushaltung.

Voll des Lobs war der russische Leiter der GUS-Wahlbeobachter gewesen (GUS, Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, ein Zusammenschluss von Nachfolgestaaten der Sowjetunion). «Alles war bestens organisiert», sagte er.

«Wenn auch diesmal jemand an unseren Wahlen zweifeln wird, so weiss ich nicht mehr, nach welchen Gesetzen diese durchgeführt werden sollen», hatte Staatspräsident Lukaschenko bei der Stimmabgabe am Sonntag gesagt.

Wichtig seien nicht nur Gesetze, sondern auch die Praxis, sagte dazu gestern ein OSZE-

Sprecher. Die Menschenrechtsorganisation «Wiasna» hatte seit Wahlbeginn am Dienstag Dutzende von Unregelmässigkeiten publik gemacht. In der Nacht auf gestern meldete sie zudem die Festnahme von 20 jungen inländischen Wahlbeobachtern.

«Wahlen ohne Lukaschenko»

Sergej Musienko, Direktor des regierungsnahen Analysezentrum «Ecoon», meinte im Gespräch mit dieser Zeitung, die Wahlen seien absolut frei gewesen. Von einer «Wahlforce» spricht dagegen der Oppositionspolitiker Anatoli Lebedko von der «Vereinigten Bürgerpartei». «Deshalb fordern wir immer wieder freie Wahlen ohne Lukaschenko.»

JOURNAL

Auch der Sohn Rafsanjani in Iran inhaftiert

Nach der Tochter ist auch der Sohn des iranischen Ex-Präsidenten Rafsanjani unter dem Vorwurf regierungsfeindlicher Propaganda verhaftet worden. Wie die Nachrichtenagentur Fars meldete, war Mehdi Hashemi am Sonntag von einem Grossbritannien-Aufenthalt zurückgekehrt. Ihm werde auch Korruption zur Last gelegt. Alle drei gehören zu den schärfsten Kritikern von Präsident Ahmadinejad. (dpa)

Langjährige Strafen für drei Blogger in Vietnam

In Vietnam sind drei Dissidenten nach Aufdeckung von Korruption und Aufrufen zu Meinungs- und Pressefreiheit zu vier bis zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Den Bloggern wurde Propaganda gegen den kommunistischen Staat vorgeworfen. Der Haftstrafe werden weitere drei bis fünf Jahre unter Hausarrest folgen. (dpa)

Neue EU-Sanktionen gegen Iran gefordert

Deutschland, Frankreich und Grossbritannien wollen neue EU-Sanktionen gegen Iran. Die Aussenminister der drei Länder forderten dies in einem Brief an die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton. Das Thema ist für ein Treffen der EU-Aussenminister Mitte Oktober traktandiert. (afp)

Ferner Osten fordert Europa heraus

An einem **Symposium in Stein am Rhein** ist über Perspektiven und Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Europa, China und Japan diskutiert worden.

ROLF HOHL

«Deutschland hat sich in der Vergangenheit nicht nur die Finger, sondern den ganzen Körper verbrannt», sagte Joschka Fischer in einer Debatte am **«Stars Symposium» in Stein am Rhein**. Es ging einmal mehr um die Führungsrolle Deutschlands innerhalb Europas und die Beziehungen zu China und Japan. Mit seinen kritischen Anmerkungen zu dieser Führungsrolle stellt sich der ehemalige deutsche Aussenminister und Vizekanzler gegen die aktuelle politische Realität. Denn diese Rolle ist heute weniger eine Forderung, als vielmehr die Folge der wirtschaftlichen Schlagkraft und den damit einhergehenden Haftungen für die europäischen Rettungsinstrumente.

Hin zur politischen Union

Mit der Zustimmung des deutschen Verfassungsgerichts zu zwei Euroverträgen wurde genau jener Weg vorgezeichnet, auf dem Fischer Europa langfristig sieht – über die Fiskalunion hin zur politischen Union. Diese sei neben der Aufgabe des europäischen Projekts der einzig denkbare Weg.

Tatsächlich wird die schrittweise Einigung Europas wohl unumgänglich sein, um künftig noch nennenswerten Einfluss auf die Weltpolitik zu haben. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat dies erkannt und sorgte, stellvertretend für Europa, für Wohlwollen während ihrer Besuche in China. Mit Kritik hält man sich bei Staatsbesuchen zusehends zurück, und bereits seit Jahren intensivieren die EU-Staaten die Wirtschaftsbeziehungen zur fernöstlichen Grossmacht – auf Kosten der eigenen Unabhängigkeit.

Hilfe und Abhängigkeit

Der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao betonte kürzlich, China sei auch in Zukunft bereit, Staatsanleihen kriselnder Eurostaaten zu kaufen, sagte aber nicht, zu welchen Bedingungen. Das zunehmende Selbstbewusstsein, mit dem China inzwischen seine Interessen vertritt, beunruhigt besonders seine direkten Nachbarn. Im seit Wochen andauernden Streit mit Japan um eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer zeigt sich diese neue Entschlossenheit besonders deut-

lich. Das durch die japanische Invasion von 1931 historisch vorbelastete Verhältnis zwischen den beiden wirtschaftlichen Schwergewichten wird auf eine erneute Probe gestellt. Einerseits kämpft Japan gegen den Verlust seines bereits begrenzten Einflussgebiets, andererseits will China seinen Status als Hegemonialmacht ausbauen. Es droht ein Wirtschaftskrieg mit unabsehbaren Folgen, auch für Europa.

Das derzeitige Geplänkel um die Inseln ist vor allem ein Kräfte-messen, und es wird sich zeigen, wie weit China bereit ist, auch militärisch aktiv zu werden. In jüngster Vergangenheit waren immer wieder eher beunruhigende

Signale aus dem Reich der Mitte gekommen. Die Rüstungsausgaben waren 2011 auf über 143 Milliarden Dollar gestiegen, und im UNO-Sicherheitsrat blockiert Peking nach Belieben Sanktionen, etwa gegen Syrien.

«Gesellschaft entwickeln»

Bei seinem jüngsten Besuch in Brüssel bekundete Ministerpräsident Wen Jiabao offen sein Interesse an Rüstungsgütern aus europäischer Produktion und kritisierte das Waffenembargo, das seit dem 1989 verübten Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens besteht.

In China sind aber auch reformerische Kräfte am Werk. Die Mechanismen der Macht werden durch die wirtschaftliche Entwicklung aufgeweicht, und es wird vermehrt Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen genommen. «Wir müssen uns der Herausforderung stellen, die Menschen gut auszubilden und die Gesellschaft zu entwickeln», sagte Yang Du, Professor an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in Peking, am «Stars Symposium».



Bild: ky

Joschka Fischer

Früherer Regierungschef verurteilt

Israels früherer Ministerpräsident Ehud Olmert ist wegen Veruntreuung zu einem Jahr Haft auf Bewährung und zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

JERUSALEM. Das Jerusalemer Bezirksgericht hat Olmert zwar der Veruntreuung in der Zeit als Minister für Industrie und Handel für schuldig befunden. Den Vorwurf der Korruption liessen die Richter aber mangels Beweisen fallen. Die Busse beträgt umgerechnet rund 18 000 Franken. Formal steht Olmert, der auch Chef der Kadima-Partei war, damit der Weg zurück in die Politik offen.

2008 zurückgetreten

Olmert war im September 2008 wegen der Vorwürfe, vom befreundeten Geschäftsmann Mosche Talansky regelmässig Umschläge mit grossen Geldbeträgen erhalten zu haben, als Regierungschef und Parteivorsitzender zurückgetreten. Dieser Vorwurf liess sich vor Gericht nicht halten.

«Ich bin mit geradem Rücken gekommen und gehe mit geradem Rücken», war Olmerts einziger Kommentar zum Strafmass. Für seinen Anwalt Eli Sohar «hat eine lange Affäre ihr Ende erreicht». Nicht so für die Staatsanwaltschaft, die prüft, ob sie in Berufung gehen will.

Ein weiteres Verfahren

Bereits vor dem Gerichtstermin hatte Olmert durchblicken lassen, dass er vorläufig nicht gedenkt, in die Politik zurückzukehren. Hätten die Richter eine höhere Strafe ausgesprochen, wäre ihm dieser Weg für sieben Jahre versperrt geblieben. Olmert dürfte den Ausgang des Verfahrens in der Affäre «Holyland» abwarten, das vor dem Bezirksgericht in Tel Aviv gegen ihn läuft, bevor er über seine politische Zukunft entscheidet. Dabei geht es um den Vorwurf, er habe das Bauprojekt in seiner Amtszeit als Bürgermeister Jerusalems gefördert und dafür grosse Summen kassiert.

Susanne Knaul

15 Jahre Gefängnis für Ex-Polizeichef

PEKING. Viermal schuldig und doch nur 15 Jahre Gefängnis: Mit einem milden Urteil endete der Prozess gegen Ex-Polizeichef Wang Lijun, der im Frühjahr Chinas grössten Parteiskandal seit Jahrzehnten ausgelöst hat. Der 52-Jährige wurde wegen Fahnenflucht, Machtmissbrauch, Rechtsbeugung und Bestechlichkeit verurteilt, meldete die Nachrichtenagentur Xinhua. Laut Gesetz drohte ihm die Todesstrafe. Wang war in einen Mord und in einen Abhörskandal verwickelt.

Das Urteil dürfte das höchste Gremium der Kommunistischen Partei gefällt haben, der Ständige Ausschuss des Politbüros. Dort scheint Wang mächtige Fürsprecher zu haben. Denn seine Aussagen führten zum Sturz seines ehemaligen Vorgesetzten, Chongqings Parteichef Bo Xilai, der in der Partei umstritten war, aber wegen seiner Popularität und seines Status' als Sohn eines Revolutionsveterans als Anwärter für einen Sitz im innersten Machtzirkel galt.

Nun dürfte auch Bo bald der Prozess gemacht werden. Es wird damit gerechnet, dass die Partei den Fall abschliessen will, bevor am Parteitag im Herbst eine neue Führungsmannschaft ins Amt gehoben werden soll. (ba)